

Heisser Abstimmungsherbst

Innert kurzer Zeit kommen gleich mehrere Grossprojekte an die Urne. Kann sich der Kanton das alles leisten?

Raphael Karpf

Die Abstimmung Ende September steht zwar erst noch bevor. Die übernächste Abstimmung Ende November wirft aber bereits ihren Schatten voraus. Diese Woche hat die Regierung entschieden, welche kantonalen Vorlagen am 30. November an die Urne kommen. Es sind erneut drei Stück:

- Kauf Bielstrasse 3
- Referendum Lotteriegesez
- Massnahmenpaket: Kürzung STAF-Ausgleich

Innert zweier Monate wird die Solothurner Bevölkerung also gleich über sechs kantonale Vorlagen zu entscheiden haben. Das sind ungewöhnlich viele auf einmal, gleich viele wie in den letzten beiden Jahren zusammen. Und in diesem Tempo geht es weiter. Bereits nächsten Frühling soll der neue Kapo-Stützpunkt in Oensingen an die Urne kommen. Weitere Grossprojekte stehen bevor, wenn auch nicht unmittelbar: Sanierung der Baselstrasse in Solothurn (Bipperlisi), Erweiterungsbau Rötihof, Sanierung Kanti Solothurn.

Es läuft also viel beim Kanton, sehr viel sogar, insbesondere bei Bauprojekten. Ein Umstand, den sich SVP-Präsident Rémy Wyssmann zunutze macht. Bereits im Sommer sagte er, sämtliche Projekte seien abzulehnen. Der Kanton habe schlicht kein Geld für diese Investitionen.

Diesen Worten lässt er Taten folgen. Unter dem Slogan «Staatsausgaben im Kanton Solothurn ausser Kontrolle» weilt er dafür, sämtliche Vorlagen im September abzulehnen. Das Kita-Gesetz, der Solothurner Bahnhof Süd sowie das Hochwasserschutzprojekt Dünnern würden den Kanton Hunderte Millionen kosten, Steuererhöhungen wären die Folge. «Es sind undurchdachte und unsinnige Projekte von Schreibtisch-Tätern aus der Kantonsverwaltung.»

Kann sich der Kanton das leisten?

Nun ist Rémy Wyssmann selbstverständlich kein unbeschriebenes Blatt und bekannt dafür, bei Abstimmungen gerne den Weinhändler auszupacken. Was ist also dran an seinen Vorwürfen? Kann sich der Kanton das alles leisten?

Ja, sagt Frau Landammann Sandra Kolly. Drei der sechs Vorlagen in diesem Herbst stammen aus ihrem Baudepartement. Den Vorwürfen widerspricht sie vehement. Die Projekte seien sehr wohl sinnvoll, und dass sie Steuererhöhungen zur Folge hätten, stimme schlicht nicht.

Zuerst zum grössten Projekt, der Dünnern. 200 Millionen sollen in den Hochwasserschutz und die Aufwertung des Lebensraumes für Menschen, Tiere und Pflanzen investiert werden, verteilt über 20 Jahre. Die Hälfte



Eines der aktuellen Grossprojekte des Kantons: die Aufwertung der Südseite des Solothurner Hauptbahnhofs. Visualisierung: zvg



Baudirektorin Sandra Kolly. Bild: Bruno Kissling



Wird auch noch das Volk beschäftigen: die Sanierung der Baselstrasse in Solothurn. Bild: Bruno Kissling

der Kosten gehen zulasten des Kantons, macht rund 5 Millionen pro Jahr. Das Geld stammt aus der Spezialfinanzierung für die Gewässernutzung und den Abfallabgaben.

«Das Projekt bringt mehr Sicherheit und ist ein sorgfältig ausgehandelter und breit abgestützter Kompromiss. Landwirte, Umweltverbände, fast der ganze Kantonsrat: Alle sind damit einverstanden», sagt Kolly. Zudem gibt sie zu bedenken: Sollte die Vorlage abgelehnt werden, müsste der Kanton trotzdem in den nötigsten Hochwasserschutz investieren. Auch das würde mehrere Millionen kosten – dann allerdings ohne Beteiligung des Bundes.

Ausgaben verteilen sich auf viele Jahre

Der Ausbau der Südseite des Solothurner Hauptbahnhofs kostet den Kanton rund 20 Millionen Franken. Der Anteil des Kantons ist im Verhältnis zu den Gesamtkosten von 163 Millionen für Bund, Stadt und RBS eher klein. Verteilt auf 4 Jahre sind es erneut 5 Millionen im Jahr. Auch hier stammt das Geld aus einer zweckgebundenen Spezialfinanzierung, nämlich aus der Strassenrechnung.

Das Projekt soll den ÖV und die Attraktivität der ganzen Region aufwerten. Verglichen mit den Kosten erhalte der Kanton sehr viel von diesem Projekt, sagt Kolly. Nicht zuletzt, weil der Bund das Projekt als Top-Agglomera-

tionsprogramm einstuft und die maximale finanzielle Unterstützung zugesichert hat. Dass der Kauf der Bielstrasse 3 überhaupt an die Urne muss, damit hatte beim Kanton schliesslich niemand gerechnet. Erst nach einem Gerichtsurteil wurde der Kanton verdonnert, auch dieses Geschäft der Stimmbürger vorzulegen.

Viele Projekte auf einmal: Das ist auch Zufall

Dass es nun gerade sehr viele Grossprojekte auf einen Schlag sind, das stimme zwar schon, gesteht Kolly ein. Das sei aber zu relativieren. Sie erwähnt den Neubau des Bürgerspitals in Solothurn, den Rosengarten, die Sanierung der Kanti Olten und auch das neue Gefängnis in Deitingen: Alles Grossprojekte, die der Kanton in den vergangenen Jahren umgesetzt oder aufgelegt hat.

Die Krux an dem Ganzen: Die Planung solcher gewaltiger Bauprojekte dauert Jahre, manchmal sogar Jahrzehnte. Permanent treibt das Baudepartement deshalb mehrere solcher Projekte gleichzeitig voran. Grundsätzlich wird zwar schon versucht, das Ganze zeitlich etwas zu staffeln. Beeinflussen kann der Kanton das aber nur bedingt.

Und je nachdem, welche Zusatzrunden im Kantonsrat oder vor Gericht notwendig sind, verzögern sich Projekte zusätzlich unterschiedlich lange. Doch so-

bald ein Projekt fixfertig aufgelegt ist und die Hürde Kantonsrat genommen ist, soll es auch bei der nächstbesten Gelegenheit an die Urne. Insofern sei es schlicht auch Zufall, dass nun gerade so viele Projekte aufs Mal anfallen.

Investitionen sind weit von der Obergrenze entfernt

Trotzdem, ein Problem sei das nicht, und Steuererhöhungen seien erst recht keine Folge davon, sagt Kolly. «Man muss bedenken, dass sich die Umsetzung dieser Projekte auf mehrere Jahre, teilweise Jahrzehnte, erstreckt. Und die Finanzierung ist oftmals mit Spezialfinanzierungen gesichert.»

Vor zehn Jahren beschloss der Kanton ein grösseres Sparpaket. Der Kanton stand damals mit einem Eigenkapital von rund 100 Millionen und einem strukturellen Defizit in derselben Grössenordnung da. Eine Sparmassnahme, die damals beschlossen wurde: Das Baudepartement darf jährlich nicht mehr als 125 Millionen Franken investieren.

«Wir haben in den letzten Jahren viel weniger investiert, von den 125 Millionen Franken waren wir weit entfernt», sagt Kolly. Im Schnitt waren es etwa 70 Millionen pro Jahr. «Wenn wir nun sämtliche Projekte, die sich aktuell in der Planungsphase befinden, ohne Verzögerungen umsetzen könnten, würden wir erstmals wieder in die Nähe

Was ist eigentlich mit dem Bipperlisi?

Ein weiteres Bauprojekt wird im Kanton Solothurn noch an die Urne kommen, wann genau, ist allerdings offen: die Sanierung der Baselstrasse in Solothurn (Doppelpurausbau Bipperlisi). Nach einer Beschwerde hat das Bundesgericht entschieden, dass es sich dabei nicht um ein Strassen-, sondern um ein Bahnprojekt handelt.

Das hat nicht nur zur Folge, dass der Kanton eine Volksabstimmung durchführen muss. Es hat auch Folgen für die Finanzierung. Bei einem Strassenprojekt beteiligt sich der Bund mit Geld aus dem Agglomerationsprogramm, entsprechende Gelder waren bereits zugesichert. Auch bei Bahnprojekten kann es grundsätzlich Unterstützung des Bundes geben, allerdings aus einem anderen Topf, aus dem Bahninfrastrukturfonds.

Beim Bund wurde man vom Urteil des Bundesgerichts offenbar ziemlich überrumpelt, sagt Kolly. Aktuell sei dort in Abklärung, wie damit umgegangen werden soll. Wie viel Geld aus dem besagten Bahninfrastrukturfonds es an die Sanierung der Baselstrasse geben wird, ist derzeit offen. Erst wenn das klar ist, wird der Kanton Solothurn die Vorlage überarbeiten und erneut ins Parlament bringen. Und abschliessend vors Volk. (rka)

dieser Zahl kommen.» Klar ist aber: Die Zahl von 125 Millionen darf nicht überschritten werden.

Die finanzielle Situation freilich ist im Vergleich zu vor zehn Jahren fast schon komfortabel – auch wenn der Kanton kürzlich erneut ein Sparpaket geschmürt hat. Ob der Kanton ein strukturelles Defizit hat und falls ja, wie gross dieses ist, da gehen die Meinungen auseinander. Das Eigenkapital beläuft sich aktuell aber heute auf fast 700 Millionen Franken.

Ton im Abstimmungskampf hat sich verschärft

«Es sind sinnvolle Projekte, die der Sicherheit dienen und die Attraktivität des Kantons steigern», sagt Kolly. Dass die Projekte trotzdem an der Urne versenkt werden könnten, damit hat die Politikerin Kolly freilich zu leben. Was sie allerdings feststellt: «Die Tonalität im Abstimmungskampf hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Man geht sehr kreativ mit der Wahrheit um.»

Eine neue Ausgangslage, die die Regierung vor grosse Herausforderungen stellt. Während ein privates Komitee in einem Abstimmungskampf behaupten kann, was es will, muss sich der Kanton an die Fakten halten und ausgewogen informieren. «Das ist zwar richtig so, aber natürlich weniger attraktiv, als irgendeine Zahl in den Raum zu stellen und vor Steuererhöhungen zu warnen», sagt Kolly.

Kleinstrukturen fördern

Artenvielfalt Mit einer neuen Aktion soll die Solothurner Bevölkerung ermutigt werden, die Natur im Garten zu fördern. Hinter dem Programm «5 Schritte zum wilden Lebensraum» steht die Organisation Wilde Nachbarn Solothurn, ein Gemeinschaftsprojekt des Kantons Solothurn (Amt für Raumplanung und Amt für Wald, Jagd und Fischerei), des Naturmuseums Solothurn, des Naturmuseums Olten, des WWF Solothurn, Pro Natura Solothurn und Birdlife Solothurn.

Gefördert werden sollen unter anderem Wildhecken mit einheimischen Sträuchern, Blumenwiesen oder Wildblumentöpfe, Asthaufen, Tagesschlafverstecke und Trockenstandorte, die allesamt eine grosse Wirkung auf die Artenvielfalt im Garten haben. Die neu geschaffenen Kleinstrukturen können auf solothurn.wildnachbarn.ch gemeldet werden, um andere für die Vielfältigkeit vor der Haustüre zu begeistern. Tipps, um diese Strukturen im eigenen Garten oder zum Teil auf dem Balkon zu schaffen, sind auf der Meldeplattform zu finden. So kann der Garten in eine Wildtier-Oase verwandelt werden.

Viele Säugetiere im Siedlungsraum

Der Siedlungsraum bietet vielen Wildtieren einen passenden Lebensraum. So kommt der anpassungsfähige Fuchs bereits in vielen Städten vor. Igel sind heutzutage häufiger im Siedlungsraum anzutreffen als in Gebieten mit intensiver Landwirtschaft. Gemäss der Trägerschaft kommt knapp die Hälfte aller einheimischen Säugetiere auch im Siedlungsraum vor.

Die zunehmende Verdichtung und Versiegelung in urbanen Gebieten erschweren aber auch da den Wildtieren das Leben. Deshalb sei es umso wichtiger, jede mögliche Fläche so zu gestalten, dass sie einen Wert für die Natur bereithält. (szr)

Nachricht

Gewerbeverband sagt Ja zu Kita-Gesetz

Parolen Der Gewerbeverband des Kantons Solothurn (KGV) sagt dreimal Ja zu den kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 28. September. Dies teilt die Gewerkekammer mit, die unter Beteiligung zahlreicher Berufsverbände und Gewerbevereine die Parolen gefasst hat. Dabei resultierte auch ein «deutliches Ja» zum Kita-Gesetz. Die Vorlage verbessere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und unterstütze die KMU dabei, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Bei der Zustimmung zum Hochwasserschutz Dünnern argumentiert der KGV mit dem reduzierten Risiko von massiven Schäden für Betriebe und Arbeitsplätze. Die Aufwertung des Bahnhofs Süd in Solothurn schliesslich erhöhe die Standortattraktivität der Region. Der Ausbau verbessere den Zugang für Mitarbeitende und die Anbindung an die grossen Wirtschaftszentren. (szr)